

S1 Ordnungsverfahren

Gremium: Bundesvorstand, Satzungskommission

Beschlussdatum: 25.10.2025

Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:
- 2 Fasse den § 9 Abs. 4 der Satzung des Bundesverbandes wie folgt neu:
- 3 (4) 1Der Einspruch muss innerhalb von vier Wochen ab Kenntniserlangung durch den
4 Bundesvorstand schriftlich erfolgen. 2Der Einspruch muss eine Begründung
5 enthalten und darauf aufmerksam machen, dass die Gruppe bei Beharren auf ihrem
6 verbandsschädigenden Verhalten ausgeschlossen werden kann.
- 7 Fasse § 25 der Satzung des Bundesverbandes wie folgt neu:
- 8 § 25 Ordnungsmaßnahmen
- 9 1. Für Ordnungsmaßnahmen gegen Gruppenmitglieder sind grundsätzlich zunächst
10 die Gruppen zuständig. 2Durch den jeweiligen Gruppenvorstand
11 beziehungsweise die Mitgliederversammlung können Ordnungsmaßnahmen
12 gegenüber Gruppenmitgliedern getroffen werden, wenn diese sich
13 verbandsschädigend verhalten oder gegen die Grundsätze oder die Ordnung
14 des Verbandes verstoßen. 3Daneben können der Bundesvorstand oder der
15 betroffene Landesvorstand Ordnungsmaßnahmen gegen Gruppenmitglieder
16 verhängen.
- 17 2. Der Bundesvorstand kann Ordnungsmaßnahmen gegen Gruppenmitglieder
18 verhängen, sofern
- 19 1. das verbandsschädigende Verhalten im Kontext von Veranstaltungen
20 aufgetreten ist, die vom Bundesvorstand (ko-)finanziert werden,
- 21 2. der Bundesverband selbst oder das Ansehen des Bundesverbandes vom
22 verbandsschädigenden Verhalten des Gruppenmitgliedes betroffen ist,
- 23 3. der Sachverhalt gruppen- oder landesverbandsübergreifender Natur ist
24 oder
- 25 4. die Gruppe oder der betroffene Landesverband untätig bleiben.
- 26 3. 1Sofern der Bundesvorstand beabsichtigt, Ordnungsmaßnahmen gegen ein
27 Gruppenmitglied zu verhängen, so hat er dieses zunächst im Beisein der
28 Bundes-Ombudsstelle anzuhören. 2Weiterhin sollen jeweils ein Vertreter der
29 betroffenen Gruppe und des betroffenen Landesverbandes hinzugezogen
30 werden, sofern dies der Sachverhalt erfordert. 3Im Weiteren können
31 folgende Ordnungsmaßnahmen durch den Bundesvorstand verhängt werden:
- 32 1. Ausschluss von durch den Bundesverband (ko-)finanzierten
33 Veranstaltungen auf bestimmte oder unbestimmte Zeit

- 34 2. Verlust des Wahlrechts auf Bundesversammlungen auf bestimmte oder
35 unbestimmte Zeit
- 36 3. Verlust der Mitgliedschaft in Bundesfachgremien
- 37 4. Darüber hinaus kann der Bundesvorstand den Ausschluss eines
38 Gruppenmitgliedes aus dem RCDS-Bundesverbandes und damit aus der Gruppe
39 beim Bundesschiedsgericht beantragen. Der Bundesvorstand ist dazu nur
40 befugt, wenn die Gruppe bereits ein Ordnungsverfahren durchgeführt hat
41 oder untätig bleibt. Der Ausschluss wird erst nach Beschluss des
42 Bundesschiedsgerichts wirksam. Absatz 3 Satz 1 und 2 sind entsprechend
43 anzuwenden.
- 44 5. Die beschlossenen Ordnungsmaßnahmen sind schriftlich zu begründen. 2Sie
45 werden der auf die Ordnungsmaßnahme folgenden BDV oder GVK zur Kenntnis
46 gebracht.
- 47 6. Über den Widerspruch gegen Maßnahmen nach Abs. 3 entscheidet das
48 zuständige Schiedsgericht.
- 49 7. Verbandsschädigend verhält sich insbesondere, wer:
- 50 1. zugleich einer anderen hochschulpolitischen Gruppe angehört, die
51 politischer Gegner des RCDS ist, mit dem RCDS an der Hochschule
52 konkurriert oder nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen
53 Grundordnung steht,
- 54 2. in vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppen Mitglied ist, offen
55 mit als verfassungswidrig verbotenen Organisationen sympathisiert
56 oder deren Kennzeichen verwendet,
- 57 3. in Versammlungen politischer Gegner oder deren Publikationsorganen
58 in der Öffentlichkeit im Namen des RCDS gegen die erklärte Politik
59 des RCDS Stellung nimmt,
- 60 4. verbandsinterne Vorgänge veröffentlicht oder an politische Gegner
61 verrät,
- 62 5. als Kandidat des RCDS in ein Vertretungsorgan gewählt ist und der
63 Fraktion des RCDS nicht beitrifft oder aus ihr ausscheidet,
- 64 6. Vermögen veruntreut, das dem Verband gehört oder zur Verfügung
65 steht.

Begründung

66 Entfällt

S2 Beschlussfähigkeitsquorum

Gremium: Bundesvorstand, Satzungskommission

Beschlussdatum: 25.10.2025

Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:
- 2 Ändere § 11 Abs. 3 der Satzung zu:
- 3 1Die Bundesdelegiertenversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte
- 4 der Gruppen vertreten ist, die auf der letzten ordentlichen
- 5 Bundesdelegiertenversammlung anwesend waren oder seitdem mit Stimmrecht in den
- 6 Bundesverband aufgenommen wurden, mindestens muss aber ein Viertel aller Gruppen
- 7 vertreten sein. 2Im Fall der Beschlussunfähigkeit muss die
- 8 Bundesdelegiertenversammlung innerhalb von sechs Wochen mit derselben
- 9 Tagesordnung, soweit sie noch nicht behandelt ist, abgehalten werden.

Begründung

- 10 Entfällt

S3 Stimmenthaltungen bei Wahlen

Antragsteller*innen:

Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:
- 2 § 12 Aufgaben und Befugnisse der Bundesdelegiertenversammlung
- 3 (4) 1Die einzelnen Mitglieder des Bundesvorstandes werden in getrennten
4 Wahlgängen in geheimer Abstimmung gewählt. 2Sie sind jeweils gewählt, wenn sie
5 die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen der während der
6 Bundesdelegiertenversammlung insgesamt anwesenden, stimmberechtigten Delegierten
7 auf sich vereinen können. 3Wird diese Mehrheit im ersten Wahlgang nicht
8 erreicht, so folgt ein zweiter Wahlgang unter den gleichen Voraussetzungen.
9 4Führt dieser ebenfalls zu keiner Mehrheit im Sinne des Satz 2, so genügt im
10 dritten Wahlgang die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.
11 5Stimmenthaltungen zählen als gültige Stimmen.

Begründung

- 12 erfolgt mündlich

S4 Verfahren für Satzungsänderungen

Gremium: Bundesvorstand, Satzungskommission
Beschlussdatum: 25.10.2025

Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:
- 2 1. Inkrafttreten von Satzungsänderungen
- 3 Ersetze § 12 Abs. 6 S. 2 der Satzung durch den neuen S. 2:
- 4 “2Eine Satzungsänderung oder die Auflösung des Verbandes bedarf der 2/3-Mehrheit
- 5 der anwesenden Delegierten und tritt sofort in Kraft.”
- 6 2. Fristen für Satzungsänderungsanträge
- 7 Ersetze § 12 Abs. 6 S. 3 der Satzung durch den neuen S. 3:
- 8 “Wahlen und Anträge zur Auflösung des Verbands dürfen nur beraten werden, wenn
- 9 sie bereits mit fristgemäßer Einladung angekündigt worden sind.”
- 10 Füge als neue § 12 Abs. 6 S. 4, 5 der Satzung ein:
- 11 “4Soweit der Bundesvorstand Anträge zur Änderung der Satzung stellt, dürfen
- 12 diese nur beraten werden, wenn diese bereits mit der fristgemäßen Einladung
- 13 angekündigt wurden. 5Im Übrigen gilt für Anträge zur Änderung der Satzung § 11
- 14 Abs. 4 dieser Satzung entsprechend.“

Begründung

- 15 Entfällt

S5 Satzungszweck der GVK

Gremium: Bundesvorstand, Satzungskommission

Beschlussdatum: 25.10.2025

Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:
- 2 Ersetze § 15 Abs. 1 S. 4 der Satzung durch den neuen S. 4:
- 3 “Wahlen, Nachwahlen sowie Beschlussfassungen betreffend der Satzung, Kassen- und
- 4 Schiedsgerichtsordnung dürfen ebenso durchgeführt werden.”

Begründung

- 5 Entfällt

Beschluss Nachwahl von Ämtern im Falle von Rücktritten

Antragsteller*innen:

Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:
2 Füge als neue § 17 Abs. 8, 9 der Satzung ein:
3 (8) ¹Die Mitglieder des Bundesvorstandes können ihren Rücktritt schriftlich
4 gegenüber dem Bundesausschuss erklären. ²Der Rücktritt darf nicht zur Unzeit
5 erfolgen. ³Im Falle eines Rücktritts kann der Bundesausschuss mit
6 Dreiviertelmehrheit einen Nachfolger für den Rest der Amtszeit des
7 Bundesvorstandes nachwählen oder kann binnen sechs Wochen eine außerordentliche
8 Bundesdelegiertenversammlung zur Nachwahl des Bundesvorstandsmitgliedes
9 einberufen. ⁴Dies gilt nicht für das Amt des Bundesvorsitzenden. ⁵Erfolgt der
10 Rücktritt nach der Ladung zur Gruppenvorsitzendenkonferenz, kann der
11 Bundesausschuss mit Mehrheitsbeschluss die Tagesordnung um den
12 Tagesordnungspunkt der Nachwahl ergänzen.
13 (9) Absatz 8 ist entsprechend anzuwenden auf Rücktritte von sonstigen Ämtern im
14 RCDS-Bundesverband, die die Bundesdelegiertenversammlung wählt. Soweit für Ämter
15 durch die Satzung oder die Geschäftsordnung das Nachrücken von Stellvertretern
16 bestimmt ist, kommt eine Nachwahl nur in Betracht, sofern die Stellvertreter
17 bereits nachgerückt sind.

Begründung

- 18 Entfällt

S7 Bundesombudsstelle

Gremium: Bundesvorstand, Satzungskommission

Beschlussdatum: 25.10.2025

Antragstext

1 Die Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:

2 Fasse den § 20 der Satzung des Bundesverbandes wie folgt neu:

3 § 20 Bundesombudsstelle (BOS)

4 1. Die Bundesdelegiertenversammlung wählt auf Vorschlag eines Landesverbandes
5 die zwei Ombudspersonen der Bundesombudsstelle. Die Ombudspersonen sollen
6 unterschiedlichen Geschlechts sein. Ihre Amtszeit entspricht der des
7 Bundesvorstandes.

8 2. Die Bundesombudsstelle gibt sich im Einvernehmen mit dem Bundesausschuss
9 eine Geschäftsordnung zur Regelung ihrer Arbeitsweise. Die
10 Bundesdelegiertenversammlung wählt für beide Ombudspersonen jeweils einen
11 Stellvertreter.

12 3. Die Ombudspersonen dürfen kein Amt im Bundesvorstand oder dem
13 Bundesschiedsgericht innehaben und dürfen nicht ordentliche Mitglieder im
14 Bundesausschuss, Angestellte dieser Organe oder diesen gegenüber in
15 sonstiger Weise weisungsgebunden sein. Sie gehören weder dem
16 Bundesvorstand noch dem Bundesausschuss an.

17 4. Die Ombudspersonen dienen als Ansprechpartner und Vertrauenspersonen für
18 die Mitglieder in Konfliktfällen sowie in Fällen von Belästigung oder
19 Diskriminierung.

20 5. Die Ombudspersonen sind zur Geheimhaltung der ihnen anvertrauten
21 Sachverhalte verpflichtet und agieren nur in Absprache mit den
22 Mitgliedern, die sie angerufen haben. Sie können nicht verpflichtet
23 werden, Sachverhalte offenzulegen. Die Ombudspersonen erstatten dem
24 Bundesausschuss in angemessen anonymisierter Weise über ihre Arbeit
25 Bericht.

26 6. Die Ombudspersonen können in entsprechenden Fällen zwischen Mitgliedern,
27 gegenüber dem Bundesvorstand sowie den Landesvorständen als Mediatoren
28 auftreten. Sie können in entsprechenden Fällen Handlungsempfehlungen für
29 den Bundesvorstand, den Bundesausschuss, die Landesvorstände oder übrigen
30 Gliederungen aussprechen. Die jeweiligen Organe sind dazu verpflichtet,
31 sich mit den Handlungsempfehlungen zu befassen und über einen Beschluss
32 derselben zu befinden.

33 7. Soweit der Bundesvorstand, der Bundesausschuss oder die Landesvorstände
34 Kenntnis von Sachverhalten im Aufgabenbereich der Ombudspersonen erlangen,
35 sollen die Ombudspersonen hinzugezogen werden. Die Ombudspersonen können

36 den Bundesvorstand, den Bundesausschuss oder den Vorstand eines
37 betroffenen Landesverbandes in Konfliktfällen anrufen.

38 8. Die Bundes-Ombudsstelle soll für die Bundesdelegiertenversammlung, die
39 Gruppenvorsitzendenkonferenz sowie bei Bedarf für weitere Veranstaltungen
40 des Bundesverbandes veranstaltungsbezogene Vertrauenspersonen ("Awareness-
41 Team") in Absprache mit dem Bundesausschuss benennen. Nimmt die Bundes-
42 Ombudsstelle keine Benennungen vor, so fällt dies dem Bundesausschuss zu.
43 Die Vertrauenspersonen sind bei Angelegenheiten nach Absatz 4 im Rahmen
44 der betreffenden Veranstaltung dazu berechtigt, gegenüber dem
45 Bundesvorstand Handlungsempfehlungen, insbesondere für Ordnungsmaßnahmen,
46 auszusprechen, über die der Bundesvorstand unverzüglich zu befinden hat.
47 Das Nähere regelt die Geschäftsordnung der Bundes-Ombudsstelle.

Begründung

48 Entfällt

S8 Geschäftsordnung: Antragskommission

Gremium: Bundesvorstand, Satzungskommission

Beschlussdatum: 25.10.2025

Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:
- 2 Fasse § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesverbandes wie folgt neu:
- 3 Die BDV wählt die fünf Mitglieder der Antragskommission für die jeweils nächste
- 4 GVK und BDV. Zudem wählt die BDV mindestens zwei, maximal jedoch fünf
- 5 stellvertretende Mitglieder der Antragskommission in numerischer Rangfolge,
- 6 welche der Reihung entsprechend im Falle eines Rücktritts eines Mitglieds der
- 7 Antragskommission für jenes Mitglied nachrücken. Mitglieder des
- 8 Bundesvorstandes, Landesvorsitzende zum Zeitpunkt der Wahl der Antragskommission
- 9 sowie Mitglieder der Bundesfachgremien können nicht Mitglieder der
- 10 Antragskommission sein.

Begründung

- 11 Entfällt

S9 Geschäftsordnung & Satzung: Ladung und Ergänzung der TO

Gremium: Bundesvorstand, Satzungskommission

Beschlussdatum: 25.10.2025

Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:
- 2 Fasse § 2 der Geschäftsordnung des Bundesverbandes wie folgt neu:
- 3 § 2
- 4 Die Einladung erfolgt per E-Mail mit einer Frist von 6 Wochen unter Angabe von
- 5 Ort, Zeitpunkt und vorläufiger Tagungsordnung. Die Ladung hat grundsätzlich
- 6 einen Tagesordnungspunkt für mögliche Satzungsänderungen zu enthalten. Die
- 7 Einladung an die Gruppen ist hierbei jeweils an die letzte von der Gruppe
- 8 mitgeteilten E-Mail-Adresse oder die E-Mail-Adresse des letzten von der Gruppe
- 9 gemeldeten Gruppenvorsitzenden zu richten. Die Ladung gilt an demjenigen Tage
- 10 als zugegangen, an dem die Ladung per E-Mail versandt wurde. Auf Verlangen von
- 11 mehr als einem Drittel der stimmberechtigten Mitglieder des Bundesausschusses
- 12 oder der Gruppen hat der Bundesvorstand die Tagesordnung um entsprechende
- 13 Tagesordnungspunkte zu ergänzen. Der Bundesvorstand hat eine geänderte
- 14 Tagesordnung in neuer Fassung sodann unverzüglich mitzuteilen.
- 15 Ergänze § 16 Abs. 4 der Satzung des Bundesverbandes um die neuen S. 4, 5:
- 16 „Auf Verlangen von mehr als einem Viertel der stimmberechtigten Mitglieder des
- 17 Bundesausschusses hat der Bundesvorstand die Tagesordnung um entsprechende
- 18 Tagesordnungspunkte zu ergänzen. Der Bundesvorstand hat eine geänderte
- 19 Tagesordnung in neuer Fassung sodann unverzüglich mitzuteilen.“

Begründung

- 20 Entfällt

S10 Änderung der Reisekostenberechnung

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 25.10.2025

Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:
- 2 Ersetze § 5 Abs. 2 Nr. 1 der Finanz- und Kassenordnung durch:
- 3 Nr. 1: Die maximale Fahrtkostenerstattung beträgt unabhängig von dem tatsächlich
- 4 benutzten Verkehrsmittel und der Ticketart maximal 50 Euro je Fahrtrichtung,
- 5 mindestens drei Wochen vor Veranstaltungsbeginn, nicht aber vor Bestätigung der
- 6 Teilnahme nach fristgemäßer Anmeldung. Für Fahrten mit einer Fahrtzeit von über
- 7 5 Zeitstunden beträgt die Erstattung maximal 70 Euro in eine Richtung. Erfolgt
- 8 die Buchung zwei Wochen vor Veranstaltungsbeginn, sinkt der erstattungsfähige
- 9 Betrag auf 70 Prozent der Pauschale. 4Erfolgt die Buchung unter zwei Wochen vor
- 10 Veranstaltungsbeginn, sinkt der erstattungsfähige Betrag auf 50 Prozent der
- 11 Pauschale. Für den Fall, dass die Tarife der Deutschen Bahn die Einhaltung der
- 12 Erstattungspauschalen nicht zulassen, ist vor der Buchung mit dem
- 13 Bundesschatzmeister Rücksprache zu halten. 6Die Beweispflicht liegt in diesem
- 14 Fall beim Antragsteller. Eine Fahrtzeitverlängerung von 1,5 Zeitstunden zur
- 15 Einhaltung der Erstattungspauschalen wird als zumutbar angesehen, es sei denn,
- 16 die dadurch entstehende Ankunftszeit am Zielbahnhof liegt nach 22:00 Uhr.
- 17 Streiche § 5 Abs. 2 Nr. 1a bis 3 der Finanz- und Kassenordnung.

Begründung

- 18 Entfällt